

Zu II-14378 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

6.2. Anfrage an Landesrätin Elisabeth Gehrler

Zu Nr. 6970/13

1994-07-18

Labg. HUBERT GORBACH
LANDESPARTEIÖBMANN



FREIHEITLICHE PARTEI
ÖSTERREICHS
LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Frau
Landesrätin
Elisabeth Gehrler
Landhaus
A-6900 Bregenz

A-6900 BREGENZ
RÖMERSTRASSE 2/3
TEL. 0 55 74/46 4 45
FAX 0 55 74/46 44 575

dreifach - im Wege der Landtagskanzlei

Bregenz, am 4. Juni 1993

Betrifft: Anfrage gem. § 54 GO d LT -
Ausstellung des Bundesrealgymnasiums Blumenstraße Bregenz:
"Gestern Jude - heute Ausländer?".

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Bereits Mitte des Jahres 1991 habe ich Sie im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage, aufgrund mir mehrfach zugetragener Beschwerden über die Verwendung des Unterrichts für parteipolitische Propaganda durch einige Lehrpersonen, um Aufklärung gebeten, inwieweit Ihnen solche Fälle ebenfalls bekannt sind bzw. was Sie gedenken, gegen diese unkorrekte Vorgangsweise mancher Lehrpersonen zu unternehmen.

Bedauerlicherweise sehe ich mich heute erneut veranlaßt, die Frage der parteipolitischen Agitation an Vorarlbergs Schulen anzusprechen. Ich habe mir auch bereits erlaubt, Herrn Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher im Rahmen eines offenen Briefes mein Befremden darüber kundzutun, daß in einer offiziellen Ausstellung im Landhaus Vorarlberg, eine in unserer Verfassung verankerte, basisdemokratische Initiative einer staatstragenden Partei, nämlich das Volksbegehren "Österreich zuerst", vollkommen undifferenziert und unreflektiert mit den einzigartigen und grauenvollen Verbrechen während der Schreckensherrschaft des NS-Regimes in einen Kontext gebracht wird. Weiters habe ich auch in Frage gestellt, ob eine derartige Verknüpfung, dem Ziel der Ausstellung, nämlich "den Betrachter dafür zu sensibilisieren, was es heißt "fremd" zu sein" wirklich gerecht wird, oder

ob durch eine Verknüpfung der derzeitigen Situation von Ausländern in Österreich mit historischen Ungeheuerlichkeiten nicht vielmehr allseits angestrebte Integrationsbemühungen gestört und erschwert werden.

Daß diese Ausstellung meines Erachtens nicht ohne parteipolitischen Hintergrund zusammengestellt wurde, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß prominente Vertreter aller Parteien in der Bundespolitik und Vorarlberger Landespolitik immer wieder Aussagen zur Ausländerfrage treffen, dies aber zugenscheinlich weder im positiven noch im negativen Sinn Niederschlag in der Ausstellung gefunden hat.

Ich erlaube mir daher, sehr geehrte Frau Landesrätin, in diesem Zusammenhang folgende

A N F R A G E

an Sie zu richten:

1. Im Rahmen welches Unterrichtsgegenstandes wird seitens mancher Lehrpersonen immer wieder Zeit gefunden und verwendet, gegen eine staatstragende und demokratisch legitimierte Partei Stimmung zu machen, wie es sich in der derzeit im Landhaus befindlichen Ausstellung "Gestern Jude - heute Ausländer?" sehr offensichtlich niederschlägt?
2. Wie sehen Sie diese Vorgangsweise mancher Lehrpersonen unter dem Aspekt, daß im Schulbereich sehr viele Fragen und Problemkreise, wie beispielsweise verstärkte Bemühungen im Bereich der Drogenprävention, nach Mitteilung mancher Eltern, zu kurz kommen? Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um hier Änderungen und Verbesserungen durchzusetzen?

Für eine fristgerechte Beantwortung meiner Anfrage danke ich Ihnen im Voraus. Einstweilen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

LAbg. Hubert Gorbach

6.5. Reaktionen auf die Einladung zu einer Diskussion

6.5.1. von Landesrätin Elisabeth Gehrler



ELISABETH GEHRER

LANDESRÄTIN

An die
5 c Klasse
Bundesgymnasium Bregenz
Blumenstraße
6900 Bregenz

Bregenz, 22. Juni 1993

Liebe Schülerinnen und Schüler!

Die Ausstellung zu Ihrer Projektarbeit " Gestern Juden - heute Ausländer " hat mich sehr beeindruckt. Ich freue mich, daß Sie sich so intensiv mit der Thematik "Ausländerfeindlichkeit" auseinandergesetzt haben und daß Sie Ihre Meinung auch der Öffentlichkeit dargelegt haben.

Nachdem nun LAbg. Gorbach diese Ausstellung inhaltlich kritisiert hat, halte ich es für richtig, wenn die betreffende Schülergruppe Herrn Gorbach zu einer Diskussion einlädt. Die Projektarbeit wurde im Rahmen der Schulautonomie verwirklicht und ich halte es daher nicht für günstig, wenn die Diskussion von Parteienvertretern bestritten wird. Ich habe mit dem Herrn Landeshauptmann diese Vorgangsweise auch so besprochen. Ich ersuche Sie daher, selbst einen Aussprachetermin mit Herrn LAbg. Gorbach zu vereinbaren.

Ich freue mich über Ihr Engagement und Ihr Interesse und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen